

A k t i o n g e g e n N o t s t a n d s g e s e t z e
=====

Mit Hilfe einer zweckgebundenen Sonderspende kann die Humanistische Union den Versuch machen, anlässlich der für November geplanten Schlußberatungen der Notstandsgesetze im Bundestag nocheinmal die Öffentlichkeit gegen die Entwürfe der Regierung zu alarmieren und der Opposition nach Möglichkeit den Rücken zu stärken. Wir möchten dazu vor allem die Gruppen mit dem größten Sozialprestige, die Hochschulprofessoren und Künstler, mobilisieren, da wir uns allein von der massiven Intervention dieser Berufsstände eine gewisse Wirkung auf Parlament und Öffentlichkeit versprechen.

Zusammen mit einem aufklärenden Flugblatt, das in allen Einzelheiten die praktischen Konsequenzen der Höcherlischen Notstandspläne aufzeigt, erhalten in Kürze ein großer Kreis von Wissenschaftlern und Künstlern der Bundesrepublik das folgende Schreiben, das von etwa 20 prominenten Mitgliedern unterzeichnet sein wird:

"Bitte erlauben Sie uns, Ihre Aufmerksamkeit auf ein entscheidend wichtiges politisches Ereignis zu lenken: die Schlußberatungen des Bundestags über den Regierungsentwurf einer Notstandsverfassung. In den Gesetzesvorlagen des Innenministeriums, die dabei zur Entscheidung stehen, sind so schwerwiegende Änderungen des Grundgesetzes, so tiefgreifende Machtumwälzungen und Einschränkungen ^{de} fundamentalere Persönlichkeitsrechte vorgeschlagen, daß wir es für dringend geboten halten, die Abgeordneten zur Mäßigung und Vorsicht aufzufordern. Der Gesetzgeber läuft im Augenblick Gefahr, im Übereifer der Vorsorge für imaginäre Krisenzeiten statt Sicherungen Sprengsätze in das Gefüge unserer staatlichen Ordnung einzubauen. Bitte überzeugen Sie sich anhand der beiliegenden Informationsschrift der Humanistischen Union, für deren Richtigkeit wir uns verbürgen, von der Berechtigung unserer großen Sorge.

Wir wenden uns deshalb mit der Bitte an Sie, dem beigefügten Appell an den Deutschen Bundestag durch das Gewicht Ihres Namens Nachdruck zu verleihen. Bitte seien Sie versichert, daß wir mit unserer Intervention keine parteipolitischen Zwecke verfolgen, sondern damit aus akutem Anlaß obrigkeitstaatlichem ~~und restaurativem~~ Denken in a l l e n politischen Lagern entgegentreten für notwendig halten. Falls Sie dieses Bestreben unterstützen wollen, wären wir Ihnen für baldmögliche Rücksendung der anliegenden Unterschriftskarte sehr dankbar."

V e r f a s s u n g s b e s c h w e r d e d e r H u m a n i s t i s c h e n
=====

U n i o n z u l ä s s i g
=====

Das Bundesverfassungsgericht hat die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde, welche die Humanistische Union am 1. Juni 1964 gegen die in der neuen Postordnung enthaltenen Zensurbestrebungen der Bundespost erhoben hatte, praktisch bestätigt. So-

gar der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die beanstandeten Verordnungen wurde bis jetzt nicht abgewiesen, der Rechtsvertreter der Humanistischen Union vielmehr um weitere Begründungen ersucht.

Die "Allgemeine Zeitung", Mainz, schrieb in einem ausführlichen Kommentar zur Verfassungsbeschwerde der Humanistischen Union: "Der Humanistischen Union gebührt das Verdienst, die Öffentlichkeit auf eine 'außerparlamentarische Machtergreifung' hingewiesen zu haben, die dem Parlament entgangen ist. Die protestierenden Humanisten haben mit aller Deutlichkeit den entscheidenden Punkt herausgearbeitet: 'In Anbetracht der Monopolstellung der Bundespost' betrachten sie alle Beschränkungen im Postdienst, die nicht rein technischer und organisatorischer Art sind, als 'ungesetzlich und verfassungswidrig'. Es ist zu erwarten, daß die Verfassungsbeschwerde der 'Humanistischen Union' auf jeden Fall vom Bundesverfassungsgericht angenommen wird. Die wachsamsten Humanisten dürfen sich gute Chancen ausrechnen."

N e u e B e i r a t s m i t g l i e d e r

Zur Mitwirkung im Beirat der Humanistischen Union erklärten sich auf Einladung des Vorstands folgende - kürzlich neu eingetretene - Mitglieder bereit:
Prof. Dr. H.H. Tobias Brocher, wissenschaftliches Mitglied am Institut und Ausbildungszentrum für Psychoanalyse und psychosomatische Medizin, 6000 Frankfurt/M., Feldbergstr. 22 * Prof. Dr. Wolfgang Hochheimer, Direktor des Instituts für Pädagogische Psychologie der Pädagogischen Hochschule Berlin, 1000 Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 76 * Prof. Dr. Werner Maihofer, Ordinarius für Strafrecht, Rechts- und Sozialphilosophie an der Universität Saarbrücken, 6600 Saarbrücken 15, Universität * Prof. Dr. Armand Mergen, Präsident der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft, o. Prof. für Kriminologie an der Universität Mainz, 6500 Mainz-Universität, Jur. Fakultät.

H u m a n i s t i s c h e U n i o n g r ü n d e t L e s e b ü h n e

Etwas Mitte November d. J. richtet die Humanistische Union in München unter dem Titel "a r t. 5" (Artikel 5 GG) eine Lesebühne ein. In szenischen Lesenaufführungen stellen dort namhafte Schauspieler künstlerisch bedeutende Stücke, Dialoge und Dokumentationen, die in der Bundesrepublik aus weltanschaulichen oder politischen Gründen auf den Spielplänen fehlen, der Öffentlichkeit vor. Die künstlerische Leitung hat Herr Regisseur Walter Ohm vom Bayerischen Rundfunk übernommen. Organisation und technische Durchführung trägt ein ehrenamtliches Arbeitsteam von Münchner Mitgliedern. Intendant ist der Geschäftsführer des Infratest-Meinungsforschungsinstituts, Herr Günther Mackenthun, München 23, Brunnerstr. 5, ehem. Intendant der Schleswig-Holsteinischen Landesbühne. Den offiziellen Programmbeirat der Lesebühne der Humanistischen Union bilden: Max Frisch * Wolfgang Hildesheimer * Fritz Kortner (vorauss.) * Erwin Piscator * Ulrich Sonnemann * Peter Weiss.

S t i m m e n z u m F S K - A p p e l l d e r H u m a n i s t i s c h e n

U n i o n

Der Aufruf der Humanistischen Union an die Filmselfkontrolle (Mitt. Nr. 16), sich nicht durch Boykottandrohungen und organisierten Meinungsdruck zu Verstößen gegen die Grundfreiheiten nötigen zu lassen, fand große Beachtung. Wir zitieren aus den vielen Kommentaren einige wichtige Stellungnahmen:

Das "Film-Echo", die offizielle Fachzeitschrift der deutschen Filmwirtschaft bemerkte zum Appell der Humanistischen Union am 4. August 1964: "Das sind Worte, die zur rechten Zeit kommen. Freilich werden sie wirkungslos verhallen und an den Ohren und Herzen derjenigen vorbeigehen, die nicht ihrem eigenen Gewissen verantwortlich, sondern einem starren Dogma unterstellt sind. In der gesamten Filmwirtschaft jedoch finden sie einen zustimmenden Widerhall. Nicht nur bei denen, die aus rein kommerziellen Gründen mit vielen Entscheidungen der FSK unzufrieden sind.

Die FSK und ihre Mitarbeiter sollten jetzt nicht 'auf die die Palme' gehen. Eine Gewissenserforschung wäre auf Grund dieses notwendigen Hinweises viel besser am Platze. Wer in diesem Lande wirklich demokratisch denkt und zu handeln bereit ist, der muß den Appell der Humanistischen Union mit unterschreiben."

Die katholische Wochenzeitung "Ruhrwort" dachte sich etwas Besonderes aus: Auf der Titelseite vom 29.8.1964 stand unter einem Elendsbild aus Zypern folgender Text: "Da hockt sie nun, die türkische Mutter mit ihren Kindern, die sich vor den griechisch-zyprischen Angriffen aus ihrem Dorf in die Berge und in den Schutz relativ sicherer Höhlen flüchten mußte. Auf ihrem Schoß hat sie ihr Kind, mit ihrem Arm stützt sie sich auf ihre allerletzte 'Zuflucht' gegen den Krieg: ein Maschinengewehr. So sieht in einer letzten Konsequenz die Folge jener Intoleranz aus, die es nicht gestattet, daß Türken und Griechen in Frieden auf ihrer Heimatinsel leben. Toleranz - und sie beginnt bei den kleinen Dingen - ist immer unteilbar, wenn sie Toleranz bleiben soll. Lesen sie dazu auch: Wer soll wen respektieren?"

Unmittelbar daneben fand sich folgender Artikel (Auszug)

"WER SOLL WEN RESPEKTIEREN? - Intolerante HU kämpft für Toleranz"

Die Humanistische Union hat an alle Mitarbeiter der Filmselfkontrolle (FSK) appelliert. Selbst wenn man getrost zugeben will, daß es manchem Christen nicht ganz leicht wird, sich in einer pluralistischen Gesellschaft vollendet zu bewegen, bleibt noch ein erhebliches Haar in der humanistischen Suppe, die da serviert wird. Fast scheint es, als wisse auch die Humanistische Union nicht recht, 'die abweichenden Anschauungen und Freiheitsrechte ihrer Mitbürger zu respektieren. Denn, wenn da von Christen gefordert wird, sie sollten auch andere Anschauungen tolerieren, dürfen ebendiese Christen in ebendieser pluralistischen Gesellschaft das gleiche auch für sich in Anspruch nehmen. Sie können (selbst als Minderheit!) z. B. verlangen, daß ihre Moralanschauungen auch von denen toleriert werden, die sie nicht - oder nicht mehr - teilen. Wenn schon das Gesetz der Toleranz in unserer Gesellschaft gilt, dann für alle. ... Da sind nun in der Humanistischen Union so viele gescheite Leute beisammen. Und doch sucht offenbar die Humanistische Union einstweilen Intoleranz nur auf der Seite derer, die sie (auch mit ihrem Brief die Mitarbeiter der Freiwilligen Filmselfkontrolle) bekämpfen möchte. Sie wäre sicher nicht schlecht beraten, würde sie untersuchen, ob sie da nicht munter mit Steinen wirft; ohne das eigene Glashaus zu bedenken. Denn es erhebt sich - auch und gerade für sie - die Frage, wer eigentlich bestimmte Vorstellungen, die heute mit allen publizistischen Mitteln herausgepaukt werden 'allgemeinverbindlich zu machen' trachtet, gegenüber einer Mehrheit im Volke, deren Anschauung sich immer noch mit den Sätzen des Grundgesetzes deckt. fels"

Zu dem "Ruhrwort"-Kommentar gab der Vorsitzende der Humanistischen Union folgende inzwischen veröffentlichte - Erwiderung:

"Zu RW 35: Wer soll wen respektieren? Sehr geehrte Herren, am 29. August veröffentlichten Sie in Ihrer Wochenzeitung eine Stellungnahme zum Appell der Humanistischen Union an die Mitarbeiter der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft. Der Verfasser dieses Kommentars glaubt, der Humanistischen Union auf Grund der Thesen ihres Appells Intoleranz vorwerfen zu müssen. Mir scheint, daß die Interpretation des Begriffs 'Toleranz', die diesem Urteil zugrunde liegt, weder logisch noch rechtlich haltbar ist.

In der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, in der wir seit 1945 zu leben das Glück haben, hat auch jede Minderheit ein durch keinen Mehrheitsbeschluß abzuschaffendes Recht auf ein Angebot von Büchern, Theaterstücken, Filmen und Werken

der bildenden Kunst, die ihrem Geschmack entsprechen. Es bleibt den Kirchen und allen anderen Gruppen unbenommen, ihren Mitgliedern von der Lektüre solcher Bücher und der Konsumtion solcher Filme und Theaterstücke abzuraten. Es kann aber keinesfalls als ihr Recht bezeichnet werden, die Produktion und die Aufführung dieser Werke überhaupt zu verhindern. Denn damit verfügen sie über Gesinnung und Geschmack jener Minderheit, die die Publikation, oder Aufführung, oder Ausstellung gerade solcher Werke für wichtig hält. Wenn der Begriff 'Toleranz' überhaupt noch einen Sinn haben soll, dann kann er doch wohl nur eine Haltung bezeichnen, die der Minderheit das oben gemeinte Recht zugesteht und dann ist intolerant nicht die Forderung der Humanistischen Union, daß man beispielsweise Filme wie 'Das Schweigen' und '491' den erwachsenen Mitbürgern der Bundesrepublik, die diese Filme zu sehen wünschen, auch zeigen muß, sondern dann sind intolerant vielmehr die Versuche etwa kirchlicher Verbände, ein generelles Verbot dieser Filme zu erwirken. Oder anders herum: Intolerant wäre die Humanistische Union dann, wenn sie fordern würde, daß der Besuch jener beiden Filme für alle Bundesbürger obligatorisch wird.

Ich respektiere durchaus die Einstellung eines christlichen Mitbürgers, der die genannten Filme ablehnt und öffentlich davor warnt. Aber ich werde weiterhin gegen jeden Versuch protestieren, seine Auffassung auch für mich verbindlich zu machen und durch Gerichtsbeschuß oder einen entsprechenden Druck auf die Freiwillige Selbstkontrolle zu verhindern, daß ich und jene Minderheit (wenn es denn wirklich eine Minderheit sein sollte) diese Filme sehen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Gerhard Szczesny, München"

" S t r e i f l i c h t " z u m T o d e s t a g S i g m u n d F r e u d s
=====

Am 23.9.1964, dem 25. Todestag Sigmund Freuds, brachte die Süddeutsche Zeitung auf ihrer Titelseite unter der beliebten, nicht mit Namen gezeichneten Rubrik, "Streiflicht" eine kaum getarnte Verunglimpfung des Forschers Freud und seiner Lehre. Die Humanistische Union gab dazu am 30.9. folgende Stellungnahme an die SZ:

"Die 25. Wiederkehr des Todestages von Sigmund Freud hat die SZ dazu veranlaßt, ein trübes "Streiflicht" auf die von ihm geschaffene psychoanalytische Lehre zu werfen. Wir protestieren gegen dies Produkt von Taktlosigkeit und Ignoranz besonders deswegen, weil es sich hier nicht um eine gelegentliche Entgleisung eines Einzelnen handelt, sondern um ein typisches Erzeugnis einer im heutigen Deutschland weit verbreiteten Mischung von doktrinärer Anmaßung und wissenschaftlicher Unbildung.

Man durfte erwarten, daß die SZ bei diesem Anlaß etwas zu sagen gehabt hätte über einen großen Menschen und genialen Entdecker, über den lange verkannten Wissenschaftler und den kurz vor seinem Tod ins Exil getriebenen Juden Sigmund Freud. Stattdessen bietet sie uns eine in schnodderigem Ton geschriebene Plauderei über die Psychoanalyse, die nur verfasst werden konnte von jemandem, der diese nur von Hörensagen kennt und der von der Geschichte der Psychoanalyse in Deutschland nichts weiß.

Als Freud, von den Nazis aus Wien vertrieben, 1939 nach London emigrierte, kam eine verhängnisvolle Entwicklung zum Abschluß, deren Nachwirkungen für das deutsche Geistesleben auch heute noch unabsehbar sind: Die Gleichschaltung der deutschen Psychiatrie und die Auswanderung aller jüdischen Psychoanalytiker aus Deutschland und Österreich führte zur fast völligen Ausmerzungen der Psychoanalyse im deutschen Kulturkreis. An dieser Lage hat sich bis heute noch nicht viel geändert. Nur deshalb konnte es der Verfasser des 'Streiflichts' wagen, seinen Lesern wieder einmal die lächerliche, unzählige Male als vulgäres Mißverständnis erwiesene Behauptung vorzusetzen, die Psychoanalyse sehe im Sexuellen das 'Grundmotiv aller menschlichen Antriebe'; nur deshalb kann er behaupten, das Wesen der psychoanalytischen Therapie bestehe im Bewußtmachen des Sexuellen durch Traumanalyse. Nur in dem

hier herrschenden Klima von Ignoranz und Vorurteilen braucht sich jemand nicht zu entblöden, die Ausbreitung der Psychoanalyse in der Periode zwischen den Weltkriegen folgendermaßen zu erklären: '...eine in den Grundfesten erschütterte Welt nahm (Freuds) mit viel Wenn und Aber eingeschränkte Lehre begierig als wissenschaftliche Rechtfertigung einer ganzen Reihe von gesellschaftlichen Übeln an...' Daß er zur Feier des Todestages von Sigmund Freud von dessen ganzer Forscherleistung nichts übrig läßt, als einige von unserer Sprache 'mit größter Unbefangenheit' verwendete Fachausdrücke, das macht dem Herrn Streiflichtverfasser allerdings auch hierzulande so leicht keiner nach.

Er geht so weit, der Psychoanalyse jeden therapeutischen Wert abzusprechen, wenn er von ihr sagt: 'Das Schicksal wird mit Worten beschrieben, aber nicht gewendet. Denn die Beschreibung des Krankheitsbildes nimmt den Charakter der Ersatzbefriedigung an.' Auch die Feststellung, die Psychoanalyse könne nur demjenigen Heilung bringen, der an sie glaubt, ist nicht etwa als ein Zugeständnis gemeint, sondern als ironischer Kommentar zur Wissenschaftlichkeit des psychoanalytischen Heilverfahrens, welches auf einer Lehre beruhe, die 'ebenso faszinierend wie ausweglos' sei.

Die zitierten Mißverständnisse und Entstellungen sind mehr als fünfzig Jahre alt; aber es findet sich in diesem 'Streiflicht' auch eine Behauptung über die Psychoanalyse, die ebenso neu wie erstaunlich anmutet: '...auch (sic!) sie hat die ihr innewohnenden Züge eines totalitären Systems entfaltet.' Vermittels dieses 'auch' wird das psychoanalytische 'Imperium' (sic!) auf eine Stufe gestellt mit Hitlers totalitärem Staat. Man braucht kein weiteres Wort zu verlieren über die Absurdität einer Denkweise, welche den systematischen Erklärungsanspruch einer wissenschaftlichen Theorie nicht zu unterscheiden vermag von den totalitären Machtansprüchen eines Psychopathen. Wir müssen uns jedenfalls gegen literarische Erzeugnisse verwahren, die solch verleumderische Begriffverwirrung im Gewande einer geistreichen Plauderei einzuschmuggeln suchen."

A u s d e n O r t s v e r b ä n d e n

Der Bremer Ortsverband der Humanistischen Union veröffentlichte im September eine Broschüre zum Thema "Religionsunterricht in den Bremer Schulen". Verfasser ist der Bremer Hochschulprofessor für Pädagogik Hinrich Wulff. Prof. Wulff hatte seine Arbeit, mit der er den Bestrebungen entgegen tritt, in Bremen den dortigen überkonfessionellen Religionsunterricht wieder zu konfessionalisieren, zunächst auf einer Veranstaltung der Humanistischen Union in Bremen öffentlich vorgetragen. Unser Beiratsmitglied Ra. Fischer, der Verfasser des neuen Buches "Trennung von Staat und Kirche" (Szczesny-Verlag), unterstützte die Initiative des Bremer Ortsverbandes Ende September durch einen verfassungsrechtlichen Grundsatzvortrag (s. u. Veranstaltungen).

Den Vorsitz des Hagener Ortsverbands übernahm bei der letzten Wahl Herr Real- schullehrer Günther Gunkel, 585 Hohenlimburg, Am Predigerstuhl 6.

Bei der Liste der Ortsverbände, die den letzten "Mitteilungen" beilag, vergaßen wir die Gruppe Saarbrücken. Die Anschrift unseres dortigen Vorsitzenden lautet: Otto Jung, 6600 Saarbrücken II, Am Wallenbaum 15

B u n d e s v e r b a n d d e r H u m a n i s t i s c h e n S t u d e n -

t e n - U n i o n

Der Vorsitzende der Freiburger Studentengruppe, Herr stud. phil. Hermann-Josef Schmidt, 7800 Freiburg/Brsg., Bürgerwehrstr. 28, bereitet mit Einverständnis des

Vorstands die Gründung eines Bundesverbands der HSU vor. Zweck dieses Dachverbandes soll es vor allem sein, die Bestrebungen der H.U. durch Koordinierung der Studentengruppen mehr als bisher ins Hochschulleben zu tragen, gemeinsame Aktionen zu organisieren und die H.U. in den führenden studentischen Institutionen legitim zu vertreten. Außerdem eröffnet eine solche Gründung Zugang zu verschiedenen staatlichen Förderungsetats.

V e r a n s t a l t u n g e n

- =====
1. "Toleranz in der Krise": Vortrag von Herrn Prof. Dr. Kurt Shell auf einer öffentlichen Veranstaltung des Ortsverbandes Nürnberg am 18.9.1964.
 2. "Die Bremer Klausel in neuer Sicht": Referat unseres Beiratsmitglieds Erwin Fischer, Ulm, zum aktuellen Streit um die Konfessionalisierung des Bremer Religionsunterrichts.
 3. Am 10. Oktober 1964 führten die norddeutschen Ortsverbände der Humanistischen Union eine Arbeitstagung durch. Das Treffen galt der Erfolgskontrolle einer Reihe von wichtigen Beschlüssen der letzten derartigen Tagung.
 4. "Was ist jugendgefährdend? - Sinn und Unsinn des Jugendschutzes": Zu diesem Thema veranstaltet der Ortsverband München am 30.10.64 im Münchner Sophien-saal, 20.00 Uhr, eine große öffentliche Podiumsdiskussion. Teilnehmer: Oberlehrer Otto Kahler, Marktredwitz; Obermedizinalrat Dr. K.-J. Heinhold, Dipl. Psychologe, Nervenarzt, Erziehungsberater; Fritz Riemann, Psychotherapeut, München; Prof. Dr. Erich Wasem, Pädag. Hochschule, München-Pasing; Dr. Ernst Ritter von Xylander, Dipl.-Psych. und Eheberater, München. Diskussionsleitung: Dr. Walther Marseille, Psychoanalytiker, München. Wir bitten die Münchner Mitglieder, für diese Veranstaltung unter ihren Bekannten zu werben.
 5. Zum gleichen Thema findet am 20.11.1964 in Frankfurt/M. eine öffentliche Podiumsdiskussion der Humanistischen Union im dortigen Kantatesaal statt (20.00 Uhr). An dieser Veranstaltung nehmen teil: Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, Frankfurt; Prof. Dr. H.H. Tobias Brocher, Frankfurt; Prof. Dr. Thomas Ellwein, Direktor des Seminars für politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Frankfurt; Regierungsdirektor Dr. Walter Becker, Vorsitzender der Bundesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz, Hamburg; Staatsanwalt Dr. Klöckner, Hamburg; Dozent Dr. W. Schlegel, Hamburg.
- Aus den beiden Diskussionen zum Thema Jugendschutz werden wir eine Dokumentation zusammenstellen und veröffentlichen.
6. "Die ethische Indikation": Vortrag des Beiratsmitglieds Prof. Dr. Wenner Maihofer auf einer großen öffentlichen Veranstaltung des Ortsverbandes Zweibrücken am 25.11.1964, 20.00 Uhr. Auch hierfür bitten wir um bestmögliche Unterstützung durch die Mitglieder.

Diese Sendung enthält wieder einige bezahlte Prospektbeilagen, mit deren Hilfe wir den Versand der "Mitteilungen" verbilligen können. Wir empfehlen sie der Aufmerksamkeit unserer Leser.

Für den Inhalt verantwortlich: Rainer Haun

HUMANISTISCHE UNION e.V.

8000 München 9, Geiseltasteigstr. 116 - Tel. 43 72 80

Konten: Postscheckkonto München 104 200

Dresdner Bank, München Nr. 106 018